

Das GRÜNE in der Bürgerschaft

Aus dem Landtag vom 26. November 2015

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/11wk>

Damit aus Flüchtlingen Bürgerinnen und Bürger werden

Für dieses Jahr werden in Bremen insgesamt etwa 12.000 Flüchtlinge erwartet. Ein Ausbleiben der Fluchtursachen erscheint mittelfristig unwahrscheinlich. Das stellt Bremen und Bremerhaven vor große Aufgaben in der Erstaufnahme und Versorgung. Viele der in Bremen landenden Flüchtlinge werden auch hier bleiben wollen. Dazu sind nicht nur Fragen der kurzfristigen Unterbringung zu klären, sondern die Integration muss langfristiger und strukturell angegangen werden. Hierzu sind viele Maßnahmen in vielen Bereichen nötig, Kinderbetreuung, Bildung und Ausbildung, Bau und Stadtentwicklung, aber auch bei Beratung und psychosozialer Versorgung. Hierzu hat die Koalition einen umfangreichen Antrag erarbeitet, der dem Senat dazu Forderungen aufgibt.



Die flüchtlingspolitische Sprecherin Sülmez Dogan begründete den Antrag: Das Leben in den Stadtteilen mit ihren integrativen Angeboten von der Kita bis zum Sportverein ermöglicht Flüchtlingen das zügige Ankommen in unserer Gesellschaft. Deshalb muss die städtische Infrastruktur in Bremen und Bremer-

haven in einer längerfristigen Strategie auf die Beheimatung und Integration der vielen Tausend Menschen ausgerichtet werden, damit aus den Flüchtlingen Bürgerinnen und Bürger werden.

Jede und jeder Geflüchtete muss die Chance erhalten, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, und das entscheidet sich in besonderem Maß vor Ort: Der Wohnort, der Stadtteil, die Nachbarschaft, Kindergärten, Schulen, Jugendeinrichtungen, Sportvereine aber auch die Anlaufstellen der öffentlichen Verwaltung sind die Orte, an denen Integration konkret wird. Hier entscheidet sich Tag für Tag, ob Schulabschlüsse erreicht werden, ob Arbeit gefunden wird, ob Freundschaften entstehen und ob nachbarschaftliche Netzwerke aufgebaut werden. All dies sind Grundbedingungen für Integration. Dafür müssen jetzt die entscheidenden Rahmenbedingungen geschaffen werden. Bildung, Arbeit und Wohnen sind dabei die zentralen Faktoren.

Für ein weltweites Klimaschutzabkommen

Ende November/Anfang Dezember 2015 findet in Paris die Weltklimakonferenz statt. Dies begleitete die Bürgerschaft mit einem von der Grünen initiierten, von allen Fraktionen unterstützten Entschließungsantrag. Darin wird zum Ausdruck gebracht, dass das Ziel, die Erderwärmung auf 2 Grad zu begrenzen, Inhalt eines weltweiten Abkommens sein muss, und dass die Europäische Union in den Verhandlungen selbst schärfere eigene



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

Klimaschutzziele und Unterstützung der ärmeren Länder anbietet. Zudem soll die Verringerung des Ausstoßes von Kohlendioxid in Deutschland um vierzig Prozent bis zum Jahr 2020 von der Bundesregierung vorangetrieben werden, wie auch Bremen selbst seinen Anteil dazu beitragen soll.



Die energie- und klimaschutzpolitische Sprecherin Anne Schierenbeck betonte, dass der Klimawandel längst Realität ist. 2015 wird aller Wahrscheinlichkeit nach das heißeste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Wir sind damit bereits bei einem Grad Erderwärmung angekommen. Das heißt, die Erderwärmung ist schon um die Hälfte fortgeschritten gegenüber dem einzigen Ergebnis von Kopenhagen, nämlich die Vereinbarung, die Erwärmung auf 2 Grad zu begrenzen.

US-Präsident Barack Obama hat gesagt: „Wir sind nicht die letzte Generation, die den Klimawandel erleben wird, aber wir sind die letzte Generation, die etwas gegen den Klimawandel tun kann.“ Und es ist auch schon längst klar, was zu tun ist. Es geht jetzt darum, Investitionen umzusteuern. Der Weltklimarat (IPCC) empfiehlt, jedes Jahr von 2010 bis 2029: 400 Milliarden US-Dollar weniger in die Förderung fossiler Energien zu stecken. Deswegen müssen wir auch in Deutschland raus aus den umweltschädlichen Subventionen. 200 Milliarden müssen mehr investiert werden in den Ausbau erneuerbarer Energien. Deswegen muss die Ausbaubremse weg aus dem EEG. Und 650 Milliarden müssen mehr investiert werden in Energieeffizienz. Das ist ein Bereich, wo noch viele Schätze zu heben sind. Bei diesen Zahlen handelt es sich um Investitionen, die jährlich aufzubringen sind bis zum Jahr 2029.

Vergangene Woche erschütterten mehrere Terrorangriffe auf die Zivilbevölkerung in Paris und Beirut die Welt. Auf allen Kontinenten zeigen Menschen ihre Solidarität und Anteilnahme. Nach anfänglicher Verunsicherung ist jedoch klar: Die Klimaverhandlungen werden wie geplant stattfinden, kein Staatschef, keine Staatschefin der 195 Vertragsstaaten der UN-Klimarahmenkonvention verlangte eine Vertagung des Gipfels. Und das ist gut so! Diese Klimakonferenz kann zu einer echten Friedenskonferenz werden, wenn das Ergebnis ein gerechter, weltweiter Klimavertrag ist.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de